



» Antrag auf Schnuppermitgliedschaft

© scyther5 · 123RF.com

Die Schnuppermitgliedschaft kann von einer natürlichen Person erworben werden, die noch nicht als selbständiger Versicherungs- oder Bausparkaufmann tätig ist, jedoch beabsichtigt, dies in absehbarer Zeit zu werden. Die Schnuppermitgliedschaft endet mit Beginn einer selbständigen Tätigkeit, spätestens aber mit Ablauf von zwei Jahren und kann auf Antrag in eine ordentliche Mitgliedschaft übergehen. Benutzen Sie dazu bitte den beigefügten Mitgliedsantrag.

Jahresmitgliedsbeitrag 162,- Euro (ab 1.1.2026)

Mit Wirkung ab 1. _____ beantrage ich die Schnuppermitgliedschaft im Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute e.V. (BVK), Berufsvertretung und Unternehmerverband der selbständigen Versicherungs- und Bausparkaufleute Deutschlands, für die Dauer von höchstens 2 Jahren.

Name		Vorname		Geburtsdatum
PLZ	Ort	Straße		
Telefon	Telefax	Mobil	Internet/E-Mail	

Da die Bestätigung der Schnuppermitgliedschaft und die Inanspruchnahme der Verbandsleistungen erst nach Eingang des Beitrages erfolgen kann, bitten wir um Überweisung des entsprechenden Mitgliedsbeitrags unter Angabe des Verwendungszwecks auf das Konto des BVK.

Bankverbindung:

Commerzbank AG,
IBAN: DE95 3708 0040 0250 5666 00
BIC: DRESDEFF370
Gläubiger-ID-Nr.: DE 08 BVK 00000058704

Die Rechte und Pflichten der Mitglieder sind in der vom Registergericht (Amtsgericht Bonn Nr. 2159) genehmigten Verbandssatzung niedergelegt.

Ort	Datum	Unterschrift
-----	-------	--------------

Selbstbestätigung für Schnuppermitglieder:

Hiermit bestätige ich, dass ich derzeit noch nicht als selbständiger Versicherungs- und/oder Bausparkaufmann bzw. Makler tätig bin, jedoch beabsichtige, dies in absehbarer Zeit zu werden.

Ort	Datum	Unterschrift
-----	-------	--------------

Ihre Angaben werden wir dem Bundesdatenschutzgesetz entsprechend behandeln.

Datenschutzinformationen zur BVK-Mitgliedschaft

Der Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute e.V. (BVK) informiert Sie hiermit nach den Bestimmungen der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten in Zusammenhang mit der Mitgliedschaft in unserem Verband.

1. Angaben zum Verantwortlichen

Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute e.V. (BVK)
Kekuléstr. 12
53115 Bonn
Tel.: 0228 / 22805-0
Fax: 0228 / 22805-50
E-Mail: bvk@bvk.de

2. Angaben zum Datenschutzbeauftragten

Für Fragen zum Datenschutz steht Ihnen unser externer Beauftragter für den betrieblichen Datenschutz gerne zur Verfügung:

Herr Arndt Halbach von der GINDAT GmbH
Wetterauer Str. 6
42897 Remscheid
Tel.: 02191 / 909430
E-Mail: datenschutz@gindat.de

3. Zwecke der Verarbeitung personenbezogener Daten

Für Ihre Mitgliedschaft erheben wir von Ihnen in unserem Mitgliedsantrag verschiedene personenbezogene Daten. Hierbei handelt es sich um Namen, Anschrift sowie Kontaktmöglichkeiten wie E-Mail und Telefonnummer. Daneben Angaben wie Geburtsdatum, Beginn der selbständigen Tätigkeit, Angaben zu Ihrem Unternehmen sowie zu Ihrer Tätigkeit. Wir erheben außerdem Abrechnungsdaten wie BIC, IBAN und Informationen zu Ihrem Kreditinstitut. Darüber hinaus bitten wir um Mitteilung, ob Sie Mitglied einer Vertretervereinigung sind oder dies werden möchten. Die vorgenannten Daten werden bei uns gespeichert und zur Durchführung und Verwaltung Ihrer Mitgliedschaft zweckentsprechend verarbeitet. Hierzu gehört insbesondere die Prüfung Ihrer Berechtigung zur Mitgliedschaft im BVK nach der Satzung, die Verwaltung Ihrer Mitgliedschaft einschließlich der Zusendung unserer Mitgliederzeitschrift, die Gewährung von Leistungen, die Ihnen aufgrund Ihrer Mitgliedschaft zustehen, sowie die Abrechnung Ihrer Beiträge. Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung im Rahmen der Durchführung und Verwaltung Ihrer Mitgliedschaft ist Art. 6 Abs. 1 b) DSGVO.

Wir nutzen Ihre Stammdaten einschließlich Ihrer E-Mail-Adresse des Weiteren für Zwecke der Werbung über Dienstleistungen und Informationen den BVK betreffend. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 f) DSGVO. Wenn Sie das nicht möchten, können Sie der Verarbeitung zum Zwecke der Werbung durch eine entsprechende Mitteilung an uns (Kontaktadresse unter Punkt 1. dieser Information) jederzeit widersprechen.

4. Empfänger von personenbezogenen Daten

Die Tatsache Ihrer Mitgliedschaft, einschließlich Ihres Namens, Ihrer Anschrift sowie Ihre Kontaktdaten werden BVK-intern an den für Sie zuständigen BVK-Bezirksverband weitergegeben, der satzungsgemäße Aufgaben übernimmt (u.a. die Mitgliederversammlung des jeweiligen Bezirksverbandes). Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 b) DSGVO.

Zur Durchführung unserer satzungsgemäßen Leistungen können Ihre Daten, insbesondere im Rahmen von Prozessführungen, an Gerichte oder Rechtsanwälte weitergegeben werden. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 b) DSGVO.

Sofern Sie uns mitteilen, dass Sie Mitglied einer Vertretervereinigung werden möchten, sind wir berechtigt, Ihre personenbezogenen Daten, wie in diesem Antrag angegeben, zwecks Verwaltung Ihrer dortigen Mitgliedschaft auch an die zuständige Vertretervereinigung zu übermitteln. Rechtsgrundlage ist in diesem Fall Art. 6 Abs. 1 b) DSGVO.

Darüber hinaus geben wir Ihre personenbezogenen Daten grundsätzlich nicht an Dritte weiter, es sei denn, dass wir dazu gesetzlich (z.B. aufgrund von Steuer-, Straf- oder handelsrechtlicher Vorschriften) oder aufgrund behördlicher oder gerichtlicher Anordnungen verpflichtet wären oder Sie uns vorher Ihre Einwilligung gegeben hätten. Rechtsgrundlage ist in diesen Fällen Art. 6 Abs. 1 c) DSGVO. Zur Durchführung und Abwicklung von Verwaltungsprozessen können wir Dienstleister im Wege der Auftragsdatenverarbeitung in Anspruch nehmen. Konkret betrifft dies IT-Dienstleister in Zusammenhang mit der Wartung unserer Hard- und Software. Mit unseren Dienstleistern werden die Vertragsverhältnisse nach den Bestimmungen des Art. 28 DSGVO geregelt, die die gesetzlich geforderten Punkte zum Datenschutz und zur Datensicherheit enthalten.

5. Ihre Rechte

Nach den §§ 15-21 DSGVO können Sie bei Vorliegen der dort beschriebenen Voraussetzungen die nachfolgenden Rechte in Bezug auf die bei uns verarbeiteten personenbezogenen Daten geltend machen.

Anspruch auf Auskunft

Sie haben einen Anspruch auf Auskunft über die Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die bei uns verarbeitet werden. Anspruch auf Berichtigung Sie können die Berichtigung unvollständiger oder unrichtig verarbeiteter personenbezogener Daten verlangen.

Anspruch auf Löschung

Sie haben einen Anspruch auf Löschung Sie betreffender personenbezogener Daten, insbesondere dann, wenn einer der folgenden Gründe vorliegt:

- › Ihre personenbezogenen Daten sind für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig,
- › Sie widerrufen Ihre Einwilligung, auf die sich die Verarbeitung Ihrer Daten stützte,
- › Sie haben ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung geltend gemacht,
- › Ihre Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet.

Das Recht auf Löschung besteht jedoch dann nicht, wenn uns die DSGVO die weitere Speicherung Ihrer Daten erlaubt, was insbesondere zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zur Einhaltung von gesetzlichen Aufbewahrungspflichten der Fall sein kann. Sofern Daten nicht gelöscht werden können, kann aber ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (siehe nachfolgend) gegeben sein.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Sie haben das Recht, von uns die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, wenn

- › Sie die Richtigkeit der Daten bestreiten und wir daher die Richtigkeit überprüfen,
- › die Verarbeitung unrechtmäßig ist und Sie die Löschung ablehnen und stattdessen die Einschränkung der Nutzung verlangen,
- › wir die Daten nicht länger benötigen, Sie diese jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen,
- › Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer Daten eingelegt haben und noch nicht feststeht, ob unsere berechtigten Gründe gegenüber Ihren Gründen überwiegen.

Recht auf Datenübertragbarkeit

Sie haben das Recht, die Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten, und Sie haben das Recht, diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch uns zu übermitteln, sofern die Verarbeitung auf einer Einwilligung oder einem Vertrag beruht und die Verarbeitung bei uns mit Hilfe automatisierter Verfahren erfolgt.

Widerrufsrecht

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 Buchstaben e) oder f) erfolgt, Widerspruch einzulegen; dies gilt auch für ein auf diese Bestimmungen gestütztes Profiling. Soweit die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf einer Einwilligung beruht, haben Sie das Recht, diese Einwilligung jederzeit zu widerrufen.

6. Regelfristen für die Löschung der Daten

Soweit eine gesetzliche Aufbewahrungsvorschrift nicht besteht, werden die Daten gelöscht bzw. vernichtet, wenn sie für die Erreichung des Zwecks der Datenverarbeitung nicht mehr erforderlich sind. Für die Aufbewahrung von personenbezogenen Daten gelten unterschiedliche Fristen, so werden Daten mit steuerrechtlicher Relevanz i.d.R. 10 Jahre, andere Daten nach handelsrechtlichen Vorschriften i.d.R. 6 Jahre aufbewahrt. Schließlich kann sich die Speicherdauer auch nach den gesetzlichen Verjährungsfristen richten, die zum Beispiel nach den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) in der Regel drei Jahre, in gewissen Fällen aber auch bis zu dreißig Jahre betragen können.

7. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

Jede betroffene Person hat nach Art. 77 DSGVO ein Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten gegen die DSGVO verstößt. Zuständige Aufsichtsbehörde in datenschutzrechtlichen Fragen ist der Landesdatenschutzbeauftragte des Bundeslandes, in dem unser Unternehmen seinen Sitz hat, in unserem Fall:

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen
Postfach 20 04 44
40102 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 38424-0
Fax: 0211 / 38424-10
E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de